



SPÖ bringt das Budget auf Kurs und schafft Perspektiven für eine gute Zukunft

Die Vorgängerregierungen haben ein Milliarden-Defizit hinterlassen. Die SPÖ hat die Misere nicht verschuldet, aber übernimmt Verantwortung für Österreich. Das Doppelbudget 2025/2026 von SPÖ-Finanzminister Markus Marterbauer wird den Staatshaushalt wieder auf Kurs bringen. Die SPÖ saniert das Budget sozial gerecht und eröffnet Spielräume für Offensivmaßnahmen in den Bereichen Beschäftigung, Gesundheit und Bildung – das schafft Perspektiven für eine gute Zukunft für alle.

Die SPÖ mit ihrem Finanzminister Markus Marterbauer tritt in der Bundesregierung ein schweres Erbe an. Die vorangegangenen Regierungen haben die Teuerung durchraschen lassen und durch Steuergeschenke für Großkonzerne sowie ineffiziente Förderungen ein Budgetloch in Milliardenhöhe hinterlassen. 2024 betrug das gesamtstaatliche Defizit 22,5 Mrd. Euro bzw. 4,7 Prozent der Wirtschaftsleistung. Die SPÖ hat dieses Defizit nicht verschuldet,

übernimmt aber Verantwortung. „Wir handeln im Interesse der Volkswirtschaft, des sozialen Zusammenhalts und der nächsten Generationen. Wir werden das Budget sanieren und wieder auf Kurs kommen“, sagt Marterbauer.

Mit dem Doppelbudget 2025/2026 hat Marterbauer seinen Plan für ein saniertes Budget und Zukunftsinvestitionen vorgelegt. „Wir wollen hohe

Zinszahlungen und die Abhängigkeit von den Kapitalmärkten vermeiden und Spielräume für Zukunftsinvestitionen schaffen“, so Marterbauer, der ergänzt: „Es werden ein paar harte Jahre. Alle müssen dazu beitragen, aber die Lasten werden gerecht verteilt.“ Die SPÖ wird trotz Spardruck für Investitionen in Arbeitsmarkt, Standort, Gesundheit und Bildung sorgen – insgesamt stehen dafür 2,2 Mrd. Euro zur Verfügung.



Vizekanzler
Andreas Babler

Gerechter Beitrag von Banken und Energiekonzernen

Die SPÖ sorgt dafür, dass breite Schultern mehr beitragen: „Wir sanieren das Budget sozial ausgewogen“, betont Vizekanzler und SPÖ-Parteichef Andreas Babler. „Die Krisenprofiteure der letzten Jahre wie Banken, Energiekonzerne und Immobilienunternehmen werden ihren gerechten Beitrag leisten – das bringt jährlich eine Milliarde Euro“, so Babler. Rund ein Drittel der Budgetsanierung erfolgt durch höhere Einnahmen – massive Pensionskürzungen und die Erhöhung von Massensteuern konnte die SPÖ verhindern.

Die sozialdemokratische Handschrift ist bei der Budgetsanierung deutlich erkennbar: Die Bankenabgabe wird erhöht, das bringt rund 350 Mio. Euro zusätzlich im Jahr. Energiekonzerne müssen einen Beitrag in Höhe von 200 Mio. Euro jährlich leisten, große Immobiliendeals und Gewinne aus Umwidmungsverkäufen werden effektiv besteuert, der Spitzensteuersatz für Einkommen über einer Mio. Euro wird verlängert und dem Steuerbetrug der Kampf angesagt.

„Breite Schultern tragen mehr zur Sanierung des Budgets bei. Banken, Energiekonzerne und Immobilienunternehmen werden ihren gerechten Beitrag leisten.“

Durchgesetzt: Breite Schultern tragen mehr!

Während die Bevölkerung in der Teuerungskrise jeden Cent doppelt und dreifach umdrehen musste, haben Banken und Energiekonzerne Rekordgewinne gemacht. Die SPÖ in der Regierung hat durchgesetzt, dass breite Schultern mehr tragen. Die großen Krisenprofiteure und starken Schultern müssen jährlich 1 Mrd. Euro zum Stopfen des Budgetlochs beitragen. So geht Gerechtigkeit und so funktioniert eine ausgewogene Budgetsanierung.

Gerechte Beiträge von jenen, die es sich leisten können:

- = Die **Bankenabgabe** wird pro Jahr um 350 Mio. Euro ausgeweitet und bringt damit in den Jahren 2025 und 2026 **jeweils 500 Mio. Euro** statt bisher 150 Mio. Euro.
- = **Energiekonzerne** müssen jährlich **200 Mio. Euro** beisteuern.
- = Die Anhebung von **Stiftungssteuern** bringt ab 2026 **33 Mio. Euro** an gerechten Einnahmen.
- = Durch höhere Besteuerung von **Glücksspielunternehmen** kommen heuer **31 Mio. Euro** und 2026 **71 Mio. Euro** herein.
- = Der Steuerzuschlag für Gewinne aus **Umwidmungsverkäufen** bringt 2025 **10 Mio. Euro** und ab 2026 **30 Mio. Euro**.
- = Durch eine Verlängerung des **Spitzensteuersatzes** werden Großverdiener in die Pflicht genommen. Ab 2026 kommen so jährlich **50 Mio. Euro** herein.
- = Große **Immobilien Deals** werden höher besteuert. Das bringt ab 2026 **100 Mio. Euro**.
- = Durch Maßnahmen zur **Bekämpfung** von **Steuerhinterziehung** und **Steuerbetrug** kommen ab 2026 **270 Mio. Euro** herein.

Soziale Kompensation für notwendige Sanierungsmaßnahmen

Gespart wird im System und in der Verwaltung. Die Ministerien tragen 2,4 Mrd. Euro zur Sanierung des Budgets bei. Gekürzt wird beispielsweise bei Sachausgaben, Kampagnen und externen Beauftragungen. Die Parteienförderung wird eingefroren, Förderungen werden redimensioniert und effizienter gemacht. Die größte Einsparung bringt die Abschaffung des Klimabonus. Zuletzt wurden dafür etwa doppelt so viele Mittel ausgezahlt wie durch die CO2-Bepreisung hereinkommen. Um den Entfall zu kompensieren und Arbeitnehmer*innen zu unterstützen, die auf das Auto angewiesen sind, wird der Pendlereuro von derzeit 2 Euro auf 6 Euro pro Kilometer erhöht.

„Wir haben versucht, die Verteilung der Sanierungslast so gerecht wie möglich zu gestalten. Wir hoffen, dadurch Verständnis und die Zustimmung für die Sanierungsmaßnahmen zu gewinnen“, sagt Marterbauer. Dabei setzt die SPÖ auf Kompensationen für besonders betroffene Gruppen. Um Pensionist*innen und chronisch Kranke zu unterstützen, hat die SPÖ das Einfrieren der Rezeptgebühren 2026 und eine Arzneimittelkostenobergrenze durchgesetzt – das bringt eine große Entlastung für viele, vor allem ältere Menschen.

Viele Zukunftsinvestitionen in Gesundheit, Bildung und Beschäftigung

Finanzminister Markus Marterbauer schafft beim Doppelbudget 2025/2026 das nahezu Unmögliche. Trotz Spardruck gibt es heuer und nächstes Jahr eine ganze Reihe von Investitionen in Arbeitsmarkt und Standort, Gesundheit, Soziales und Bildung. Diese Zukunftsinvestitionen in Höhe von rund 2,2 Mrd. Euro sind gegenfinanziert und machen Österreich besser und gerechter.

Die wichtigsten Offensivmaßnahmen auf einen Blick:

- = **Mehr Geld für Arbeitsmarktpolitik: Fachkräfteoffensive**, arbeitsplatznahe Qualifizierungen über Arbeitsstiftungen, Beschäftigungsoffensive „**Aktion 55Plus**“ für ältere Langzeitarbeitslose, Fortführung der **Pflegeoffensive**.
- = **Schwerarbeitspension für Pflegekräfte** ab 2026.
- = **Steuerliche Begünstigungen** und weniger Bürokratie für **Klein- und Mittelunternehmen**.
- = **Gemeindepaket**: Für die Jahre 2025 bis 2028 gibt es im Rahmen einer Änderung des Kommunalen Investitionsgesetzes rund **882 Mio. Euro** an **Unterstützung für Städte und Gemeinden** – und zwar anders als bisher ohne Verpflichtung zur Ko-Finanzierung.
- = **Offensivmittel für bessere Bildung**: z.B. 80 Mio. Euro für das **zweite verpflichtende Kindergartenjahr**, Ausweitung des **Deutschförderangebots**, gesunde Jause im Kindergarten, **Personaloffensive** für Kindergärten und Schulen, **Chancenbonus** für Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf.
- = Mehr Mittel für eine **bessere ambulante Gesundheitsversorgung** vor allem am Land.
- = **Preisbremse bei Rezeptgebühren**: Erfassung aller verschriebenen Arzneimittel zum schnelleren Erreichen der bisherigen Rezeptgebührenobergrenze. Das entlastet vor allem Pensionist*innen.
- = **Unterhaltsgarantie-Fonds**: Ab 2026 stehen jährlich 35 Mio. Euro zur Verfügung. Damit werden vor allem Frauen und Kinder unterstützt, wenn Unterhaltszahlungen nicht geleistet werden.



Finanzminister
Markus Marterbauer

„Wir sanieren das Budget, um hohe Zinszahlungen und die Abhängigkeit von Kapitalmärkten zu vermeiden und Spielräume für Zukunftsinvestitionen zu schaffen.“

Offensivmaßnahmen für eine gute Zukunft

Mit dem Doppelbudget 2025/2026 wird das Defizit abgebaut, gleichzeitig schafft die SPÖ Spielraum für Investitionen in Beschäftigung, Gesundheit und Bildung. Mehr Geld steht für Arbeitsmarktpolitik und Qualifizierungsoffensiven zur Verfügung. Ab 2026 wird es mit der „Aktion 55Plus“ ein Angebot für existenzsichernde und gesellschaftlich sinnvolle Beschäftigung für ältere Langzeitarbeitslose geben. Ab 2026 kommt die neue Weiterbildungszeit. Ein neuer Tourismusfonds unterstützt Arbeitssuchende und Beschäftigte im Tourismus.

Gestärkt wird auch das Gesundheitssystem. Die ambulante Gesundheitsversorgung wird verbessert, Hausärzt*innen werden entlastet und die pflegerische Versorgung gefördert. Therapieangebote werden ausgebaut und die psychosoziale Gesundheit von Kindern und Jugendlichen gestärkt. Ein Fokus wird auf Frauen-

gesundheit gelegt. Insbesondere Forschung und Vorsorge sowie das medizinische Angebot für spezifische Frauengesundheitsthemen werden gestärkt. Einen Meilenstein für Pflegepersonal setzt die SPÖ durch die Anerkennung der Pflege als Schwerarbeit um: Nach 45 Versicherungsjahren können Pflegekräfte mit 60 in Schwerarbeitspension gehen.

Um Österreich zukunftsfit zu machen, wird in Bildung und Integration investiert. Das zweite verpflichtende Kindergartenjahr ist im Doppelbudget genauso budgetiert wie die gesunde Jause im Kindergarten ab 2026, eine Personaloffensive für Kindergärten und Schulen und die Ausweitung der Deutschförderprogramme. Orientierungsklassen werden eingeführt und die Schulsozialarbeit wird ausgebaut. Ein Chancenbonus sorgt für zusätzliche Mittel für Schulen, die besondere Herausforderungen haben. Mit dem „Meine-Zeitung-Abo“ bekommen junge Menschen kostenfreien Zugang zu seriöser journalistischer Information, um

Fake News zu bekämpfen und unabhängige Medien zu stärken.

Mehr Unterstützung für Städte und Gemeinden

Auch die Städte und Gemeinden, deren Budgets in den letzten Jahren aufgrund der hohen Teuerung stark belastet wurden, erhalten Unterstützung. Zum einen profitieren die Gemeinden von deutlich höheren Ertragsanteilen – konkret bekommen Gemeinden und Städte bis 2029 1,1 Mrd. Euro mehr. Zum anderen werden Städte und Gemeinden durch das Kommunale Investitionsgesetz umfangreich gefördert. Städten und Gemeinden stehen – und das ist neu – ohne Verpflichtung zur Ko-Finanzierung und ohne Antrag für die Jahre 2025 bis 2028 insgesamt rund 882 Mio. Euro an Zuschüssen zur Verfügung. Diese budgetären Mittel sorgen für wichtige Impulse für Klimaschutz, Digitalisierung, Neubauten und Sanierungen von Schulen, Kindergärten und Altersheimen.

